

P R E S S E M I T T E I L U N G

03/2015

Politik verschärft die Probleme, statt sie zu lösen

26. Mitgliederversammlung der LKB lehnt Gesetzentwurf für Klinikreform ab

Potsdam, den 09. Juni 2015 – Die Empörung bei Mitgliedern und Vorstand der Landeskrankenhausesellschaft Brandenburg (LKB) war mit Händen zu greifen: Ein Hauptthema der heutigen 26. Mitgliederversammlung der LKB war der Referentenentwurf für eine Krankenhausreform. Obwohl vor allem die Krankenhausfinanzierung dringend reformiert werden muss, wird der Gesetzentwurf in den Kliniken einhellig abgelehnt, weil er nicht einmal ansatzweise Lösungen beinhaltet. Im Gegenteil: Ein solches Gesetz würde die Probleme weiter verschärfen. „Die Bereitschaft und das Engagement, sich den neuen Herausforderungen zu stellen, waren in unseren Krankenhäusern immer groß, werden aber gerade in diesen Tagen wieder auf eine erhebliche Probe gestellt“, konstatierte LKB-Geschäftsführer Dr. Jens-Uwe Schreck. Dabei hätten Experten in einer Anhörung bereits massiv auf die Gefahren für die Krankenhausversorgung hingewiesen, die sich aus dem Gesetz ergeben würden. „Fachverstand scheint nichts zu gelten“, so Schreck.

Noch vor anderthalb Jahren habe die Politik zugesagt, Ungerechtigkeiten im Vergütungssystem zu beseitigen und die Krankenhausversorgung sicher und zukunftsfest gemacht. Was jetzt als Gesetzentwurf vorliege, gehe in eine völlig andere Richtung. Der Referentenentwurf strotze vor Ungereimtheiten und Regelungen, die zu noch mehr Bürokratie und ausufernden Kontrollen führen würden, die Misstrauen säen und vor allem den Krankenhäusern weitere Finanzmittel entzögen sowie Ärzte und Schwestern an den Schreibtisch fesseln würden.

Wenn es im Gesetzgebungsverfahren nicht noch zu umfangreichen Änderungen komme, stelle es mit Sicherheit einen Salto rückwärts in die Rationierung

medizinischer Leistungen dar, ist der LKB-Geschäftsführer sicher. Für einige Kliniken werde es ein Salto Mortale werden. „Dies alles dann auch noch als Basis einer Qualitätsoffensive zu verkaufen, kann eigentlich nur noch als Manipulationsversuch der Öffentlichkeit gewertet werden.“

Auch Brandenburgs Gesundheitsministerin Golze übermittelte in ihrem Grußwort Verständnis für die Sorgen der Krankenhäuser. Ihre freundlichen Worte bekamen für die Teilnehmer der Tagung einen bitteren Beigeschmack angesichts der Tatsache, dass im demnächst zu beschließenden Doppelhaushalt des Landes die Investitionsmittel für die Krankenhäuser insgesamt um jährlich 23 Millionen Euro gekürzt werden sollen.

„Die Krankenhäuser brauchen eine Lösung der Investitionsmisere“, forderte der Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG), Thomas Reumann. So, wie der Gesetzentwurf derzeit aussehe, dürfe er nicht ins Bundeskabinett. Er löse keine Probleme, sondern verschärfe die vorhandenen durch neue Kürzungen und eine Flut zusätzlicher bürokratischer Vorgaben. „Wo Hilfe draufsteht, sind neue Belastungen drin“. Wenn die Politik nicht handle, sehen sich die Krankenhäuser zu massiven Protestaktionen veranlasst, kündigte er an.

Kontakt

Die **Landeskrankenhausgesellschaft Brandenburg e. V. (LKB)** ist der Zusammenschluss der Träger von Krankenhäusern und ihrer Verbände im Land Brandenburg. Als Mitglieder gehören dem Verein die Träger und ihre Verbände im Land Brandenburg an. Diese repräsentieren 53 Krankenhäuser mit rund 16.000 aufgestellten Betten. Die Mitgliedschaft ist freiwillig. In den Brandenburger Krankenhäusern werden jährlich über eine halbe Million Patienten behandelt. Hierfür wird ein breites therapeutisches Leistungsspektrum in den verschiedensten Behandlungsformen - stationär, teilstationär und ambulant - angeboten. Mit 23.000 Beschäftigten stellen sie darüber hinaus einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor in der Region dar.

Ansprechpartner:

Dr. Jens-Uwe Schreck
Geschäftsführer
Landeskrankenhausgesellschaft Brandenburg e. V.
Zeppelinstraße 48
14471 Potsdam
Telefon: 0172 3020907
E-Mail: Schreck@LKB-Online.de